



ایران رپورت

Iran-Report

08/15

August 2015 - erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

Innenpolitik	2
Kultur	3
Wirtschaft	8
Außenpolitik	16

Mit der Wahl Hassan Rohanis zum iranischen Präsidenten und dessen Amtsantritt am 3. August 2013 wurde in der iranischen Politik ein bedeutender Wandel eingeleitet. Besonders augenfällig ist dies im Kurswechsel der Atompolitik. Die Öffnung der iranischen Politik nach außen und die Ankündigung innenpolitischer Reformen werden im Land von den konservativen Kräften heftig bekämpft. Der Widerstand lässt Rohani und seiner Regierung wenig Spielraum.

Der Iran-Report wertet Nachrichten verschiedener Quellen aus. Auch um die von den Mächtigen in Iran verfügbaren Behinderungen und Einschränkungen der journalistischen Arbeit auszugleichen. Der Iran-Report produziert keine Schlagzeilen, sondern er erhellt die Meldungen, das Nichtgesagte dahinter.

Elektronisches Abonnement:

Wenn Sie den iran-report kostenfrei abonnieren wollen, tun Sie dies bitte unter <https://themen.boell.de>. Mit einer E-Mail an info@boell.de können Sie sich aus dem Verteiler wieder austragen lassen.

IMPRESSUM

Autor: Bahman Nirumand
Redaktion: Bauke Baumann
V.i.S.d.P. : Annette Maennel
14. Jahrgang

INNENPOLITIK

Rohani: Keuschheit und islamische Kleidung können nicht mit Gewalt erzwungen werden / Kundgebung der Lehrer verhindert / Mehrere politische Gefangene freigelassen

ROHANI: KEUSCHHEIT UND ISLAMISCHE KLEIDUNG KÖNNEN NICHT MIT GEWALT ERZWUNGEN WERDEN

Bei einem Treffen mit einigen Frauenorganisationen am 13. Juli sagte Präsident Hassan Rohani, Keuschheit und islamische Kleidung seien ähnlich wie Fasten. Man könne niemanden zwingen, zu fasten. Es sei genauso wenig möglich Keuschheit und Sittsamkeit oder die Einhaltung der islamischen Kleidungs Vorschriften mit Gewalt zu erzwingen.

Im Koran beginne die Sittsamkeit zunächst bei Männern, fuhr Rohani fort. "Manche glauben, Sittsamkeit und Keuschheit beschränkten sich auf die Kleidung der Frauen. Aber gelten sie nicht auch für die Sprache oder für Blicke?" Rohani betonte, dass all diese Gebote auch für die Sprache, für den Blick, für das allgemeine Verhalten gelten.

Der 12. Juli ist in der Islamischen Republik als "Tag der Sittsamkeit und Moral" festgelegt. Das Gesetz zur Verbreitung der Kultur der Sittsamkeit und Moral wurde mit mehr als 300 Verordnungen für 24 ausführende Organe im Jahr 2006 verabschiedet. Vor wenigen Tagen kritisierte Hossein Aschtari, Oberkommandierender der Ordnungskräfte, dass unter den zuständigen Organen einzig die Polizei die Vorschriften umsetze und ihren Pflichten nachkomme.

KUNDGEBUNG DER LEHRER VERHINDERT

Eine für den 22. Juli geplante Kundgebung der Lehrer vor dem Parlament wurde laut Medienberichten von der Polizei verhindert. Demnach seien zehn Lehrer festgenommen worden.

Mohammad Resakhah, Mitglied des Lehrerverbands, sagte der Agentur ILNA: "Bereits zu Beginn der Debatte im Parlament kamen die Lehrer aus vielen Richtungen, um sich auf dem Platz vor dem Parlament zu versammeln. Aber die Polizei hinderte sie daran." Die "schweigende Kundgebung" sei zwei Wochen zuvor geplant worden. Zahlreiche Lehrer seien aus allen Teilen des Landes für die Teilnahme an der Kundgebung nach Teheran gekommen.

Ziel der Kundgebung war der Protest gegen die Verfolgung von aktiven Lehrern, Repressionen gegen Lehrervereine und gegen bestehende berufliche Probleme der Lehrer.

Der zweite Vizepräsident des Parlaments, Mohammad Hassan Abutorabifard, forderte bei einer öffentlichen Debatte im Parlament den Innenminister auf, sich um die Probleme der protestierenden Lehrer zu kümmern. Zudem sagte er, das Parlament habe einen Ausschuss gebildet, der sich mit den Problemen der Lehrer beschäftigen soll. Daran würden unter anderem der Minister für Lehre und Ausbildung, der Leiter der Planorganisation und Vertreter der Ausschüsse für Haushalt, Lehre und Ausbildung teilnehmen. Der Ausschuss werde wöchentlich einmal tagen und sich um die Angelegenheiten der Lehrer kümmern.

Der Abgeordnete Ali Mottahari sagte am Rande der Parlamentssitzung den Journalisten, es sei weder notwendig noch vernünftig, so sensibel auf Kundgebungen vor dem Parlament zu reagieren, vor allem, wenn es sich bei den Teilnehmern um Lehrer handele.

MEHRERE POLITISCHE GEFANGENE FREIGELASSEN

Wie das Nachrichtenportal Kallameh am 24. Juli berichtete, wurden mehrere Dissidenten nach jahrelanger Haft entlassen. Zu den elf vorzeitig Freigelassenen gehören Ahmad Sejdabadi und Aliresa Beheshti. Sie gehörten zu den engen Beratern der beiden Politiker Mir Hossein Mussavi und Mehdi Karrubi, die 2009 bei den Präsidentschaftswahlen gegen den amtierenden Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad kandidiert hatten. Wegen mutmaßlichen Wahlfälschungen kam es damals zu monatelangen landesweiten Protesten, die gewaltsam niedergeschlagen wurden. Im Zuge dieser Bewegung, die sich als Grüne Bewegung der Hoffnung bezeichnete, wurden hunderte Politiker, Journalisten, Studenten und Menschenrechtsaktivisten verhaftet und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Auch Karrubi, Mussavi und dessen Frau Sahra Rahaward befinden sich seit Jahren ohne Prozess und Gerichtsurteil unter Hausarrest. Rohani hatte während seines Wahlkampfes und auch zu Beginn seiner Amtsübernahme versprochen, sich für die Freilassung der drei einzusetzen.

KULTUR

Aufhebung der Sanktionen wirkt sich positiv auf Buchbranche aus / Der Film "Rastakhis" (Auferstehung) abgesetzt / Mehr als 20 Konzerte in den letzten Monaten verboten / Kurdische Sprache und Literatur an den Universitäten / Anweisungen des Kulturministeriums an die Presse

AUFHEBUNG DER SANKTIONEN WIRKT SICH POSITIV AUF BUCHBRANCHE AUS

Nach Einschätzung des Verlegers Dawud Mussai könnte die Aufhebung von Sanktionen zu einer Senkung der Buchpreise von bis zu 20 Prozent führen. Die Aufhebung der Sanktionen könne die iranische Buchindustrie neu beleben. Dennoch könne man nicht erwarten, dass "wir den Stand von vor zehn Jahren erreichen werden", sagte der Verleger in einem Interview mit der BBC am 20. Juli.

Obwohl die Buchindustrie im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen ökonomisch betrachtet eine kleine Rolle spielt, haben die über Iran verhängten Sanktionen nach Meinung des Vereins der iranischen Verleger und Buchhändler auch ihrer Branche erheblichen Schaden zugefügt. Der Vereinsvorsitzende Mahmud Amusgar sagte, als im November 1980 die USA gegen Iran Sanktionen beschlossen, haben 300 iranische Wissenschaftler in einem offenen Brief gefordert, die Buchindustrie von den Sanktionen auszunehmen. Dieser Aufforderung sei die US-Regierung nachgekommen. Doch die Sanktionen der letzten Jahre hätten auch die Buchbranche hart getroffen, mit dem Ergebnis, dass Professoren, Wissenschaftler und Studenten keinen Zugang zu wissenschaftlichen Quellen gehabt hätten. Auch habe es Probleme bei der Beschaffung vom Papier und Druckmaterial gegeben. All dies habe zum Anstieg der Produktionskosten und damit zu einer Krise der Buchindustrie geführt.

Der Buchhandel sei ein Teil der Gesamtwirtschaft, sagte Mussai. "Wenn es der Wirtschaft und dem Einzelnen unter der Last der Sanktionen schlecht geht, ist die Buchbranche die erste, die Schaden erleidet. Denn die meisten Menschen können sich keine Bücher leisten."

Über die Perspektive nach der Aufhebung der Sanktionen sagte Mussai der BBC: "Die Aufhebung der Sanktionen wird sich auf zwei Ebenen bemerkbar machen, kurz- und langfristig. Kurzfristig, also innerhalb eines halben Jahres, werden wir eine Reihe von Geschäften zwischen iranischen und ausländischen Verlegern erzielen. Wir werden

unsere Kontakte zu ausländischen Verlagen, die infolge der Sanktionen abgebrochen sind, neu aktivieren."

"Langfristig werden wir die Grundstrukturen der Buchindustrie erneuern", sagte Mussai. "Zwar konnten wir in diesen Jahren auch Papier und Maschinen importieren, aber zu hohen Preisen, die von Jahr zu Jahr höher gestiegen sind. Der Preisanstieg wurde zum Teil damit begründet, dass die Sanktionen umgangen werden mussten, um Maschinen, Papier und Material einführen zu können." Die Aufhebung der Sanktionen werde diese Preisturbulenzen beenden und die Buchpreise, wenn vielleicht auch nicht senken, zumindest auf dem gegenwärtigen Niveau halten. "Zurzeit befinden wir uns in einer schweren Lage, sowohl wegen des Papiermangels als auch wegen der Druckmaterialien. Unsere Maschinen sind zu alt, was die Druckqualität beeinträchtigt. Wir können keine Druckfarben importieren und müssen daher die in Iran hergestellten Druckfarben verwenden. All dies wird sich mit der Aufhebung der Sanktionen ändern. Zudem glaube ich, dass auch das Kulturministerium über kurz oder lang die Bedingungen für Buchveröffentlichungen (Zensur) erleichtern wird."

"Gewöhnlich werden Kulturgüter von den Sanktionen ausgenommen", sagte Mussai. "Aber wir haben mit den Sanktionen große Probleme gehabt. Bei allem, was wir tun wollten, stießen wir direkt oder indirekt auf die Sanktionen. Wenn wir von einem Verlag im Ausland die Druckerlaubnis (Copyright) kaufen wollten, fragte man uns, wie wollt ihr das bezahlen. Und wir konnten tatsächlich nicht auf legalem Weg Geld überweisen. So konnten wir auch keine ausländischen Bücher kaufen. Wir mussten manchmal in die Türkei fahren, um unsere Geschäfte dort abwickeln zu können. Das alles erschwerte unsere Kontakte zu unseren Kollegen im Ausland."

DER FILM "RASTAKHIS" (AUFERSTEHUNG) ABGESETZT

Nach langen Diskussionen wurde der Film "Rastakhis" (Auferstehung) gleich am Tag der angekündigten Kino-Premiere, dem 15. Juli, abgesetzt. Das für die Filmindustrie zuständige Amt im Kulturministerium gab dem Druck der Konservativen nach und erklärte: "Aus Rücksicht auf die Würde religiöser Instanzen und Theologen wird die Vorführung dieses Films bis zum Einverständnis einiger Instanzen vertagt."

Wenige Stunden vor der Veröffentlichung dieser Erklärung hatte eine Gruppe vor dem Kulturministerium demonstriert und Parolen gegen den Regisseur des Films, Ahmad Resa Darwisch, und den Kulturminister Ali Dschannati skandiert.

Darwisch sagte nach der Absetzung, er habe für den Film alle erforderlichen Erlaubnisse erhalten. Für die Absetzung sei das Kulturministerium verantwortlich. Zudem betonte er, dass die Vorführung des Films nicht vertagt, sondern der Film abgesetzt worden sei.

Der Film Rastakhis, der den tragischen Tod des dritten Nachfolgers des Propheten Mohammed schildert, wurde 2011 fertiggestellt. Damals wurde er auf dem Teheraner Filmfestival Fadschr vorgeführt und mit einem Preis ausgezeichnet. Gleichzeitig gab es dagegen aber auch Proteste. Konservative Geistliche warfen dem Regisseur Geschichtsfälschung vor. Es dauerte vier Jahre, bis der Film nach zahlreichen Korrekturen, Auslassungen und Ergänzungen alle Hürden der Zensurbehörde überwinden und die Erlaubnis für die Vorführung in den Kinos erhalten konnte.

Wenige Tage vor der Ankündigung der Vorführung hatte der Vorsitzende des Kulturausschusses im Parlament, Ahmad Salek, erklärt, nach den Korrekturen sei der Film auch von den religiösen Instanzen sowie vom Revolutionsführer akzeptiert worden. Entscheidend bei diesen strittigen Fragen sei ausschließlich die Meinung des Revolutionsführers. Dieser habe deutlich erklärt, dass er gegen die Vorführung von Rastakhis nichts einzuwenden habe.

Die neue Version des Films, die um 40 Minuten kürzer ist als die unzensurierte Fassung, sollte am 15. Juli landesweit in allen Städten gezeigt werden. Gleichzeitig sollte eine auf Arabisch synchronisierte Fassung im Irak und in Syrien in die Kinos kommen. Darwisch sagte, wichtige Teile des Films seien gänzlich herausgeschnitten worden. Dennoch hoffte der Regisseur auf einen großen Erfolg. Im staatlichen Fernsehen wurde der Film als ein "Geschenk des iranischen Kinos an die islamische Welt" bezeichnet.

Doch weder die Lobeshymnen noch die rigorosen Kürzungen konnten die Gegner zufriedenstellen. Zwei der religiösen Instanzen, Ayatollah Wahid Khorasani und Ayatollah Alawi Gorgani, erließen ein "Fatwa" (religiöses Gutachten) gegen den Film. Ayatollah Gorgani erklärte, der Film enthalte Beleidigungen und Unterstellungen gegen die islamischen Heiligtümer. Auch sei nicht zulässig, dass anrühige Schauspieler Heilige darstellten. Einer der Schauspieler habe sogar ein Album mit Pop-Musik veröffentlicht! Solche Leute gehörten nicht in Filmen, in denen die Geschichte des Islam dargestellt werden solle, meinte der Großayatollah.

Für Außenstehende ist es kaum nachvollziehbar, dass die Regierung, namentlich das Kulturministerium und die nicht als liberal bekannte Zensurbehörde, einem Film die Erlaubnis zur Vorführung erteilt und das staatliche Fernsehen den Film bewirbt, er aber dennoch abgesetzt wird. Für Kenner der Verhältnisse in Iran ist es hingegen eine bekannte Szene, die den täglichen Machtkampf zwischen radikalen Islamisten und Konservativen auf der einen und Reformern und Laizisten auf der anderen Seite widerspiegelt.

Die Absage von Musik- und Theaterveranstaltungen, die Schließung von Galerien, die Zensur von Büchern und das Verbot von Zeitungen sind Ausdruck eines Kulturkampfes in der Islamischen Republik, der sich in den letzten Monaten noch weiter zugespitzt hat. Es ist ein Kampf zwischen der Regierung, den Reformern und Laizisten auf der einen und den Konservativen und extremen Islamisten auf der anderen Seite. Kulturschaffende hatten nach den Jahren unter Präsident Ahmadinedschad gehofft, mit der Übernahme der Regierung durch Hassan Rohani werde sich das Land nach innen und außen öffnen. Das hatte Rohani auch während des Wahlkampfs 2013 angekündigt. Doch je entschlossener die Regierung versucht, diese Politik durchzusetzen, desto vehementer versuchen Konservative und Ultras dagegen vorzugehen. Es sind die Freitagsprediger, die meisten Großayatollahs, die Justiz, große Teile der Revolutionsgarden, der Wächterrat und nicht zuletzt der Revolutionsführer Ali Chamenei selbst, deren rückwärtsgerichtete Auffassung von Kultur und Gesellschaft weit entfernt ist von der Auffassung der Mehrheit der Gesellschaft. Sie haben aber die Macht und können jede Reform vereiteln.

MEHR ALS 20 KONZERTE IN DEN LETZTEN MONATEN VERBOTEN

So wie mit den Filmen, ist es auch mit der Musik. Allein in den letzten Monaten wurden mehr als zwanzig Konzerte, die die Erlaubnis zur Aufführung erhalten hatten, verboten. Es ist in der Geschichte der Islamischen Republik ohne Beispiel, dass ein Staatspräsident so deutlich wie Rohani es getan hat, für die Musik Partei ergreift und dies sogar bei der wichtigen Rede zum zweiten Jahrestag seiner Regierung. "Wir sind nicht gegen Freude und Unterhaltung. Wir möchten ein Volk sein, das die Werte des Glaubens achtet, aber auch glücklich und lebensfroh ist. Was kann man dagegen einwenden, wenn wir uns an musikalischen Darbietungen ergötzen?", sagte er. "Wenn für eine Musikveranstaltung die Erlaubnis erteilt worden ist und die Interessierten sich zur Teilnahme vorbereitet haben, bedeuten solche Interventionen (wie die der Ordnungskräfte oder der Justiz) nichts anderes als eine Missachtung der Rechte der Bürger."

Trotz dieser eindeutigen Positionierung ist es der Regierung nicht gelungen, spürbare Schritte zugunsten der Musikkünstler zu unternehmen. Zu den wenigen Pluspunkten, die das Kulturministerium im Bereich der Musik für sich verbuchen kann, gehört die

Wiedereröffnung des Teheraner Symphonieorchesters. Das Orchester, das auf eine lange Tradition zurückblickt, war Jahre lang geschlossen, im März vergangenen Jahres trat es dann mit der neunten Symphonie von Beethoven wieder auf. In den vergangenen Monaten standen unter anderem Werke von Tschairowski, Grieg, Brahms und Korsakow mit weltbekannten Solisten auf dem Spielplan.

Doch der Wirkungsbereich des Orchesters ist recht begrenzt, im Gegensatz zu Veranstaltungen populärer iranischer Musikgruppen, deren Auftritte immer häufiger entweder von den Ordnungskräften oder auf Anordnung der Justiz untersagt werden. Als Vorwand werden häufig bestellte Protestkundgebungen benutzt, die Tage vor der Veranstaltung aggressiv auftreten und mit Störungen drohen. Der Gouverneur der Stadt Schiras, Mostafa Amiri, verzichtete sogar auf solche Vorwände und erklärte, in seiner Stadt werde er überhaupt keine Musikveranstaltungen zulassen.

Viele iranische Musiker haben das Land verlassen und arbeiten im Ausland. Der weitaus populärste Sänger Irans, Mohammad Reza Schadscharian, hat seit fünf Jahren ein Auftrittsverbot, weil er sich mit den Protesten gegen die Wiederwahl Ahmadinedschads 2009 solidarisiert hatte. Rohani hatte ihn bei seinem Amtsantritt als einen Künstler bezeichnet, auf den die Nation stolz sei. Er werde sich für die Aufhebung des Verbots einsetzen, was ihm aber bis heute nicht gelungen ist. "Ich lebe in einem Land, in dem ich seit Jahren für meine Landleute nicht singen darf", sagte Schadscharian kürzlich bei einem Besuch im Ausland.

Zur Legitimierung von Verboten und Störungen dienen die Argumente geistlicher Instanzen. So erklärte der Großayatollah Makarem Schirasi, jede Musik, die Freude, Vergnügen, Zerstreuung und Unterhaltung bringe, sei aus religiöser Sicht sündhaft. Und sein Kollege Großayatollah Safi Golpaygani meinte sogar, der Kauf und Verkauf von Musikinstrumenten, die zum Spielen "sündhafter Musik" verwendet würden, sollten untersagt werden.

Besonders empfindlich reagieren religiöse Instanzen und ihre konservativen Anhänger, wenn es um Auftritt von Frauen bei musikalischen Darbietungen geht. Dabei geht es nicht um die Kleidungsregeln, die die Frauen mehr oder weniger korrekt einhalten. Aus der Sicht der meisten religiösen Instanzen werden Männer, die eine Frau auf der Bühne stehen sehen, zu sündhaften Blicken verleitet. Noch schlimmer sei es, wenn sie auch noch die melodische Stimme einer Frau hörten. Verwunderlich ist diese Sichtweise nicht, wenn man weiß, dass es unter den Konservativen Geistlichen einige gibt, die sogar meinen, das Geräusch hoher Absätze von Frauen könne bei Männern Gefühlswallungen hervorrufen. Bei einem kürzlich veranstalteten Konzert der Gruppe Chonia in Teheran, bei dem zwei Sängerinnen und zwei Sänger auftraten, wurde ohne Wissen der Betroffenen das Mikrofon einer Sängerin ausgeschaltet. "Wir wollten verhindern, dass die Stimmen der Frauen über die der Männer herausragen", erklärten die Verantwortlichen.

So kommt es, dass musizierende und singende Frauen seit der Gründung der Islamischen Republik erheblichen Einschränkungen ausgesetzt sind. Dabei haben iranische Frauen auch im Bereich der Musik traditionell eine wichtige Rolle gespielt. Sängerinnen wie Delkasch, Marsieh und Gugusch sind auch nach Jahrzehnten in der Erinnerung nahezu eines jeden Iraners präsent. Die Tageszeitung Schargh schrieb, "die Musikerinnen im Iran stehen vor einer roten Ampel. Es ist nicht vorzusehen, wann die Ampel auf grün schalten wird".

Iranische Musiker haben nun auf die Zunahme der Verbote mit der Gründung einer "Kampagne zur Unterstützung der Musiker und zum Kampf gegen Einschränkungen" reagiert. Unter den Teilnehmern der Kampagne befinden sich einige der Populärsten der Musikszene. Mohammad Reza Nurbachs, Leiter des "Haus der Musik", sagte, er habe sich nicht vorstellen können, dass nach der Amtsübernahme der Rohani-Regierung, die

Offenheit und Freiheit versprochen habe, Musikschaffenden solche beleidigenden Einschränkungen auferlegt würden.

KURDISCHE SPRACHE UND LITERATUR AN DEN UNIVERSITÄTEN

Präsident Hassan Rohani gab bei einem Besuch in der Provinz Kurdistan am 27. Juli bekannt, dass künftig an den Universitäten dieser Provinz die kurdische Sprache und Literatur gelehrt werde. Zudem sagte er, dass die staatliche Nachrichtenagentur IRNA demnächst über eine Abteilung mit kurdischer Sprache verfügen werde.

Rohani betonte, "alle Sprachen, Kulturen, selbst die unterschiedlichen Trachten, müssen gepflegt und gefördert werden." Der Präsident begann seine Rede mit einem Gruß in kurdischer Sprache. Zum Schluss bezeichnete er Kurdistan als das "Augenlicht" Irans. Beim Empfang des Präsidenten wurde kurdische Musik mit kurdischen Tänzen aufgeführt. Frauen und Männer waren mit kurdischen Trachten gekleidet. Auch wurde der Präsident in zwei Sprachen, Kurdisch und Persisch, begrüßt.

Zu den Journalisten sagte Rohani: "Alle Ethnien und religiösen Minderheiten genießen die gleichen Bürgerrechte." Seine Regierung sei bestrebt, eine für alle Seiten akzeptable Gerechtigkeit durchzusetzen. Ein weiteres Ziel der Regierung sei der wirtschaftliche Ausgleich zwischen den Provinzen. Konkret werde versucht, weniger entwickelten Provinzen, wie Kurdistan, ein überdurchschnittliches Budget zur Verfügung zu stellen. In der bislang zweijährigen Amtszeit seiner Regierung sei es wegen den Sanktionen nicht möglich gewesen, solche Projekte zu verwirklichen. Der Haushalt der Regierung sei um die Hälfte geschrumpft gewesen.

ANWEISUNGEN DES KULTURMINISTERIUMS AN DIE PRESSE

In einem geheimen Schreiben an die Presse, das auf einigen Internetseiten veröffentlicht wurde, hat die Abteilung für Presse und Information des Kulturministeriums die Medien angewiesen, Berichte, die "den Erfolg der Atomverhandlungen" in Frage stellen oder Meinungsverschiedenheiten unter den hochrangigen Politikern des Landes suggerieren, zu unterlassen.

Das Schreiben, das als "streng geheim" eingestuft wurde, war an alle Chefredakteure und Herausgeber der Zeitungen und alle Agenturen und Nachrichtenportale gerichtet. "Es sei untersagt, Zweifel, Enttäuschung und Resignation über die Ergebnisse der Atomverhandlungen zu verbreiten", hieß es in dem Schreiben. Alle Berichte und Analysen, die zur "Polarisierung der Gesellschaft" beitragen, die Gegnerschaft zwischen den Gläubigen und Revolutionären und der Regierung förderten oder das Abkommen als unvereinbar mit den Idealen der islamischen Revolution darstellten, seien zu unterlassen.

Das Schreiben fordert die Presse auf, "die iranische Verhandlungsdelegation mit Hochachtung zu loben", "die Verhandlungen als einmalig in der iranischen Geschichte" darzustellen und den "mit Höflichkeit vermischten Mut der iranischen Verhandlungsführer und ihre diplomatischen Fähigkeiten" hervorzuheben.

Zudem sollte ausführlich auf die Gegnerschaft der Ultras in den USA und der Zionisten gegen das Abkommen und auf die Meinung der Experten und ausländischer Politiker hingewiesen werden, die in dem Abkommen eine Aufwertung für Iran und eine Niederlage für Israel sehen.

WIRTSCHAFT

Das Atomabkommen / Erste Reaktionen auf das Atomabkommen / Internationale Konzerne stehen in den Startlöchern / Gabriel in Teheran / Einrichtung eines Wirtschaftsförderungszentrums in Berlin geplant / Iran importiert 150.000 Tonnen Zucker aus Brasilien / Iranischer Öltanker mit 2 Millionen Barrel Öl fährt nach Ostasien / Kauf von Passagierjets aus Russland

DAS ATOMABKOMMEN

Seit dreizehn Jahren berichten wir an dieser Stelle Monat für Monat über den Atomkonflikt. Es gab immer wieder Momente der Hoffnung auf eine Einigung, längere Phasen des Stillstands, es gab Sanktionen und Kriegsdrohungen. Bis zum Schluss bestand die Gefahr eines Scheiterns. Doch am Ende konnten die Beteiligten am 14. Juli der Welt den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen mitteilen. Das Abkommen, das mehr als 100 Seiten und fünf Anhänge umfasst, ist recht kompliziert. Beide Seiten mussten Zugeständnisse machen, Iran wohl mehr als die westlichen Verhandlungspartner. Insgesamt ist festzustellen, dass Iran sich zu einer starken Einschränkung seines Atomprogramms bereiterklärt und umfassende, über zwei Jahrzehnte andauernde Kontrollen akzeptiert hat. Zudem musste Teheran akzeptieren, dass die Sanktionen erst nach und nach ausgesetzt werden (nicht aufgehoben). Sanktionen, die wegen Verletzung der Menschenrechte oder wegen Unterstützung terroristischer Aktivitäten verhängt wurden, bleiben zudem weiterhin in Kraft.

Im Gegenzug hat Iran für all diese Zugeständnisse das Recht erhalten, Uran im eigenen Land zu produzieren und die Atomenergie friedlich zu nutzen. Zudem wird Iran mit der Aussetzung der Wirtschaftssanktionen die Möglichkeit erhalten, seine Wirtschaft, die sich seit einigen Jahren in einer bedrohenden Krise befindet, wieder anzukurbeln.

Im Folgenden eine Zusammenfassung der wichtigsten Punkte des Abkommens:

1.

Von den insgesamt vorhandenen 19.000 Zentrifugen, von denen zurzeit etwa 10.000 in Betrieb sind, darf Iran in den nächsten zehn Jahren nur noch etwas mehr als 6.000 in Betrieb nehmen, und zwar nicht die modernsten, sondern die älteren. Davon sollen 5.060 Zentrifugen in der Atomanlage Natans eingesetzt werden. Die restlichen 1.044 werden in der unterirdischen Anlage Fordo bleiben. Diese Anlage muss zu einem Forschungslabor umgebaut werden. Die hier installierten Zentrifugen dürfen nicht für die Urananreicherung verwendet werden. Die Höchstgrenze der erlaubten Urananreicherung beträgt 3,67 Prozent. Das ist weit entfernt von der nötigen 90-prozentigen Anreicherung, die für die Herstellung von Atombomben erforderlich ist.

2.

Die bereits angereicherten Uranbestände sollen bis auf wenige Prozente (weniger als fünf Prozent) verdünnt oder ins Ausland exportiert werden. Konkret soll der Bestand von 12.000 Kilogramm angereichertem Uran auf 300 Kilogramm reduziert werden. Iran hatte bereits in den vergangenen Monaten mit der Verdünnung des bis auf 20 Prozent angereicherten Urans begonnen. Diese Vereinbarung bleibt für die nächsten fünfzehn Jahre bestehen. Sollte Iran trotzdem versuchen, Atombomben zu bauen, brauchte es dazu mindestens ein Jahr.

3.

Der sich im Bau befindliche Schwerwasserreaktor in Arak soll unter der Kontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde so umgebaut werden, dass er kein oder nur noch geringfügig Plutonium abwirft. Plutonium könnte zum Bau von Atombomben verwendet

werden. Dem Abkommen zufolge darf Iran auch keine Wiederaufbereitungsanlagen bauen, die Plutonium produzieren könnten.

4.

Das gegen Iran von der UNO verhängte Waffenembargo bleibt für die nächsten fünf Jahre in Kraft. Lieferungen, die dem ballistischen Raketenprogramm Irans dienen könnten, bleiben für die nächsten acht Jahre verboten.

5.

Die Internationale Atomenergiebehörde ist befugt, alle Anlagen zu jeder Zeit und an jedem Ort, ohne vorherige Ankündigung zu untersuchen. Das umfasst auch die gesamte Atom-Infrastruktur, die der Versorgung der Kraftwerke dient. Diese Vereinbarung gilt für die nächsten 25 Jahre. Dazu wird Iran das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag ratifizieren. Bezüglich der Inspektionen von Militäranlagen wurde vereinbart, dass eine Untersuchung nur dann möglich sein wird, wenn dafür plausible Gründe vorgewiesen werden können. In Streitfällen liegt die Entscheidung bei einer Kommission, die sich aus Vertretern Irans und der 5+1-Gruppe (die Vetomächte im UN-Sicherheitsrat plus Deutschland) zusammensetzt. Allerdings scheint über diesen Punkt keine eindeutige Einigung erzielt worden zu sein. Der iranische Verhandlungsführer Abbas Araghtschi sagte am 30. Juli im Parlament, eine Inspektion der Militäranlagen werde unter keinen Umständen erlaubt werden.

6.

Die Wirtschaftssanktionen werden nur dann ausgesetzt, wenn die Internationale Atomenergiebehörde bescheinigt, dass Iran die im Abkommen festgelegten Schritte unternommen und seine Pflichten erfüllt hat. Angaben der IAEA zufolge wird eine solche Bescheinigung erst Ende dieses Jahres ausgestellt werden können. Neben dem Waffenembargo bleiben die von der UNO beschlossenen Sanktionen wegen Verletzung der Menschenrechte beziehungsweise Unterstützung terroristischer Aktivitäten weiterhin bestehen.

7.

Snapback-Mechanismus: Sollte Iran gegen die vereinbarten Auflagen verstoßen, werden die ausgesetzten Sanktionen binnen 30 Tagen automatisch wieder in Kraft gesetzt. Dieses Verfahren wird als Snapback bezeichnet.

Das Abkommen ist zwar in Wien beschlossen worden, aber noch nicht ganz unter Dach und Fach. Die erste Hürde hat es aber bereits überwunden. Am 20. Juni beschloss der UN-Sicherheitsrat einen großen Teil der von ihm verhängten Sanktionen auszusetzen. Dazu zählen Reiseverbote gegen iranische Regimevertreter, Kontensperrungen und Wirtschaftssanktionen, also praktisch sämtliche Sanktionen, die im Atomkonflikt gegen Iran verhängt wurden, mit Ausnahme der Sanktionen, die sich gegen Waffenlieferungen richten. Die Resolution 2231, die alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen zur Einhaltung des Abkommens verpflichtet, gilt allerdings nur dann, wenn die IAEA bestätigt, dass Iran die ihm auferlegten Einschränkungen seines Atomprogramms umgesetzt hat.

Die nächste Hürde, die das Abkommen nun zu überwinden hat, ist die Zustimmung des US-Kongresses. Zwar muss das Abkommen nicht vom US-Kongress ratifiziert werden, der Kongress kann jedoch die Aufhebung der Sanktionen blockieren und damit das Abkommen hinfällig machen. In diesem Fall hat US-Präsident Obama allerdings die Möglichkeit, hiergegen sein Veto einzulegen, was er nach eigenen Angaben auch tun wird, sollte der Kongress das Abkommen blockieren. Das Veto kann nur dann vom Kongress übergangen werden, wenn zwei Drittel der Abgeordneten dagegen stimmen. Das ist aber nach Meinung der Beobachter sehr unwahrscheinlich.

ERSTE REAKTIONEN AUF DAS ATOMABKOMMEN

Das Abkommen wurde von den meisten Staaten begrüßt, Ausnahmen bildeten Israel und einige arabische Staaten, die Republikaner in den USA und die radikal-islamischen Gruppen in Iran.

Das Abkommen löste in vielen Städten Irans Jubelstimmung aus. Die Menschen begaben sich nach dem Fastenbrechen am Abend auf die Straße. Es waren zumeist Jugendliche, die in ihren mit iranischen Flaggen geschmückten Autos und lauter Pop-Musik durch die Straßen fuhren. In der Hauptstadt Teheran waren viele Straßen blockiert, ohrenbetäubende Hupkonzerte dauerten bis zum späten Abend. Die Versammelten riefen immer wieder in Chor "danke Rohani, danke Sarif", aber auch "danke Obama". Zum ersten Mal in der Geschichte der Islamischen Republik wurde die Rede des amerikanischen Präsidenten vom staatlichen Fernsehen direkt übertragen.

Revolutionsführer Ali Chamenei würdigte die "aufrichtige und schwierige" Leistung der iranischen Verhandlungsdelegation, sagte aber nichts über das Abkommen selbst. Präsident Rohani bezeichnete das Abkommen als "Ende der feindseligen Politik" gegen Iran. Es werde eine Ära der Kooperation einleiten. "Heute ist ein Tag des Aufbruchs in eine bessere Zukunft für unsere Jugend, für mehr Fortschritt und Wohlergehen." Mit Blick auf die arabischen Staaten sagte er: "Lasst euch nicht von der Propaganda täuschen. Wir wollen keine Massenvernichtungswaffen, wir wollen keine militärischen Spannungen, sondern euch mit Brüderlichkeit entgegentreten und bessere Beziehungen und Frieden."

Präsident Obama lobte in einer Fernsehansprache das Abkommen. "Jeder Pfad zu einer Nuklearwaffe ist abgeschnitten", sagte er. Das Abkommen sei ein Garant für die Sicherheit des Nahen Ostens. Auf einer Pressekonferenz in Washington betonte Obama, dass die "tiefen Differenzen" zwischen Teheran und Washington keineswegs mit dem Abkommen beseitigt seien. "Iran stellt noch immer eine Herausforderung für unsere Interessen und Werte dar." Er hoffe zwar auf eine Änderung der iranischen Politik, wolle aber darauf nicht wetten. "Eine Normalisierung der Beziehungen zu Iran" sei nicht geplant, betonte der Präsident.

Russlands Präsident Wladimir Putin bezeichnete das Abkommen als einen wichtigen Meilenstein. Es lasse die Welt "erleichtert aufatmen", sagte er auf der Webseite des Kremls. "Russland wird sein Äußerstes tun, um sicherzustellen, dass die Wiener Einigung voll umgesetzt wird, und dadurch zur internationalen und regionalen Sicherheit beitragen."

Das Abkommen sei ein "wichtiger Erfolg beharrlicher Politik und internationaler Diplomatie", sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini sprach von einem "Zeichen der Hoffnung für die ganze Welt". Und UN-Generalsekretär Ban Ki Moon würdigte das Abkommen als "historisch und bedeutend". "Das ist die Bestätigung des Nutzens von Dialog", sagte er.

Israels Kulturministerin Miri Regev bezeichnete das Abkommen als eine "Lizenz zum Töten" für die Islamische Republik. Die Vereinbarung sei "schlecht für die freie Welt und schlecht für die Menschheit", sagte sie und forderte zum Widerstand auf. Sie äußerte die Hoffnung, dass der US-Kongress das Abkommen blockieren werde. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erklärte, Israel fühle sich nicht an das Abkommen gebunden. Iran sei nach eigenen Angabe bestrebt, Israel zu zerstören. Israel werde sich selbst verteidigen und behalte sich das Recht auf einen Militärschlag vor. "Wir behalten uns das Recht vor, uns gegen alle Feinde zu verteidigen. Wir haben Kraft und sie ist groß und mächtig." Das Atomabkommen sei nicht das letzte Wort.

Der britische Außenminister Philip Hammond wies die Kritik Israels zurück. Er frage sich, wie ein von Israel akzeptiertes Abkommen aussehen könnte. "Israel will den Zustand der

permanenten Pattsituation", was weder für den Nahen Osten noch für Großbritannien gut sei.

Der Republikaner und Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses, John Boehner, warf der Obama-Regierung vor, mit dem Abkommen die Interessen der USA aufgegeben zu haben. "Es wird dem Regime Milliarden Dollar an Sanktionserleichterungen gewähren und den Weg für einen nuklearen Wettlauf ebnen", sagte er. "Wenn der Deal so schlecht ist, wie ich im Moment glaube, werden wir alles tun, um ihn zu stoppen." Der republikanische Senator und Präsidentschaftskandidat Lindsey Graham bezeichnete die Vereinbarung als "Todesurteil für Israel". "Das ist der gefährlichste und unverantwortlichste Schritt, den ich je in der Geschichte des Nahen Ostens mitverfolgt habe." Und Ed Royce, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Abgeordnetenhaus meinte, das Abkommen werde sich schlecht verkaufen lassen. "Der Kongress wird entscheiden, ob dieser Deal in den langfristigen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten liegt", sagte Royce.

Um die Gegner des Atomabkommens zu beruhigen betonte US-Verteidigungsminister Ashton Carter auf dem Flug nach Israel am 20. Juli, dass die militärische Option gegen die Islamische Republik trotz des Atomabkommens weiterhin bestehe. "Einer der Gründe, warum das Abkommen ein gutes Abkommen ist" zeige sich darin, dass die militärische Option nicht vom Tisch sei. Die USA seien entschlossen, falls Iran gegen das Abkommen verstoße, das Land militärisch anzugreifen. Diese Option werde erhalten und ständig verbessert. Auch werde die militärische Zusammenarbeit sowohl mit Israel als auch mit den arabischen Staaten weiterhin aufrechterhalten. "Das Aggressionspotential und die gefährlichen Aktivitäten Irans" zwingen die USA "unsere (militärische) Option immer zu verbessern". Zudem erklärte Carter die Bereitschaft der US-Regierung, die Zusammenarbeit mit Israel, auch auf militärischem Gebiet weiter zu intensivieren. In Israel führte er mit seinem Kollegen Mosche Jaalon und anderen Militärs Gespräche. Es gab auch ein Treffen mit Netanjahu. Carter setzte seine Reise in Saudi-Arabien fort, um auch die dortige Regierung für das Atomabkommen zu gewinnen.

Auch Revolutionsführer Ali Chamenei meldete sich am 18. Juli noch einmal zu Wort. Er erklärte, dass sich die Position Irans gegenüber den "arroganten USA" auch nach dem Abkommen nicht verändern werde. Er sagte, die Politik Irans im Nahen Osten unterscheide sich "um 180 Grad" von der der USA. Iran werde nicht mit den USA über regionale oder internationale Probleme bilaterale Gespräche führen. "Wir haben in einigen Ausnahmefällen, wie im Fall des Atomkonflikts, mit den USA verhandelt, weil es opportun war. Auch früher gab es solche Ausnahmefälle." Zu dem Abkommen sagte Chamenei, unabhängig davon, "ob das Abkommen am Ende, nachdem es die gesetzlichen Instanzen passiert habe, verabschiedet werde oder nicht, gebühre den iranischen Verhandlungsführern Dank".

"Wir werden keinen Krieg anzetteln (...), aber sollte hier ein Krieg stattfinden, werden es die verbrecherischen und aggressiven Amerikaner sein, die das Feld als Verlierer verlassen werden." Zum Schluss ergänzte Chamenei: "Wir werden die Unterstützung, die wir unseren Freunden gewähren, nie einstellen, die Unterstützung des unterdrückten palästinensischen und jemenitischen Volkes, des syrischen Volkes und Staates, des irakischen Volkes und Staates, des unterdrückten Volkes in Bahrain und die Unterstützung des ehrlichen und heroischen Widerstands in Libanon. Sie alle können sich auf unseren Beistand verlassen."

Diese Äußerungen Chameneis betrachtete Netanjahu als Bestätigung seiner Kritik an dem Atomabkommen. Iran halte es nicht einmal für nötig, seine Absichten zu verschleiern, sagte er. Am 23. Juli versammelten sich nach Angaben der Veranstalter rund 10.000 Demonstranten auf dem Times Square in New York, um gegen das Abkommen zu protestieren. Sie forderten den Kongress auf, das Abkommen zu kippen, weil es eine Bedrohung für die Existenz Israels und den Weltfrieden darstelle.

INTERNATIONALE KONZERNE STEHEN IN DEN STARTLÖCHERN

Unmittelbar nach dem Abkommen zwischen der 5+1-Gruppe mit Iran haben Wirtschafts- und Handelsunternehmen aus der ganzen Welt ihr Interesse an Geschäften mit Iran bekundet. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel erklärte am 14. Juli, die deutsche Industrie und der Handel seien sehr an einer Normalisierung und einem Ausbau der Beziehungen zu Iran interessiert. Auch der französische Außenminister Laurent Fabius erklärte, es sei nicht ausgeschlossen, dass er kurzfristig nach Teheran fliegen werde. Er zeigte sich zuversichtlich, dass die harte Haltung, die Frankreich bei den Verhandlungen eingenommen habe, die Chance französischer Unternehmen bei Geschäften mit Iran nicht verringern werde.

Indes gab die Autofirma Peugeot bekannt, dass die Verhandlungen mit dem iranischen Autounternehmen Khodro weit fortgeschritten seien. Sie habe die Hoffnung, dass sie bald zum Erfolg führen würden. Gegenstand der Verhandlungen sei "die Vollständige Produktion von Fahrzeugen mit Peugeot-Motoren". Für die iranische Auto-Industrie werde die Zusammenarbeit ein Sprung in eine neue Phase bedeuten, sagte der Leiter der Firma für den Nahen und Mittleren Osten, Jean Christof Comar.

Das Wall Street Journal berichtete am 24. Juli, der französische Autobauer Renault wolle mit einem Mindestanteil bei der iranischen Firma Khodro einsteigen. Darüber seien bereits mit der Firma Gespräche im Gange. Die Zeitung zitierte auch den Pars-Khodro-Manager, Nasser Aghamohammadi, der sagte, die Firma verhandle auch über den Kauf von Fabriken, die der Pars-Khodro-Mutter Saipa Group gehörten. Renault war in der Zeit vor der Verhängung der Sanktionen auf dem iranischen Automarkt stark vertreten. Nun ist die Firma offenbar bestrebt, ihre alte Position zurückzugewinnen.

Obwohl mit dem Atomabkommen der Öl-Preis sank, haben die großen Öl-Konzerne ihre Bereitschaft zu Investitionen in die iranische Ölindustrie bekundet. Der italienische Öl- und Gaskonzern Eni erklärte, er sei bereit, in Iran zu investieren, vorausgesetzt, Teheran sei bereit, bessere Angebote als die internationalen Standards zu machen.

Auch ein Sprecher der Ölfirma Shell erklärte, das Unternehmen sei an Investitionen in Iran interessiert und möchte nun herausfinden, welche Rolle es bei der Nutzung des iranischen Energiepotentials spielen könnte. Bereits im vergangenen Monat hatte die Firma bekannt gegeben, dass ihre Vertreter zu Gesprächen nach Teheran gereist seien.

Siemens-Chef Joe Kaeser witterte ebenfalls lukrative Geschäfte mit Iran. "Wir reden hier über 80 Millionen Menschen, die Energieversorgung benötigen, die natürlich auch Gesundheitsversorgung brauchen, die im Öl- und Gasgeschäft wieder auf die Beine kommen wollen. Hier gibt es auch Opportunitäten und Chancen", sagte Kaeser in der Sendung "Münchener Runde" im Bayerischen Fernsehen am 21. Juli. Man müsse nun die Augen offen halten und schauen, wie das Abkommen umgesetzt und wann die Sanktionen aufgehoben würden. "Da darf man jetzt glaube ich nichts überstürzen. Hier ist Besonnenheit gefragt." Er sei sich sicher, dass man "auch dort zu vernünftigen Lösungen kommen" werde.

Alexi Puschkov, Vorsitzender des Ausschusses für Außenpolitik in der russischen Duma, sagte nach dem Atomabkommen, nun habe Russland größere Möglichkeiten, um seine Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Iran weiter auszubauen, insbesondere im Bereich der Öl- und Gasindustrie.

Selbst der amerikanische Fast-Food-Konzern Mac Donald's beteiligt sich an dem Rennen um den iranischen Markt. Wie die Agentur Tasnim berichtet, habe der Konzern sich bereits um eine Lizenz beworben. Schon 1998 hatte der Konzern die Gründung einer Filiale in Nord Teheran geplant, musste aber infolge von Protesten den Plan fallen lassen. Die Gegner sahen in Mac Donald's ein Symbol des amerikanischen Imperialismus.

Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) kündigte einer Meldung der dpa vom 14. Juli zufolge an, im Oktober mit einer 70-köpfigen Wirtschaftsdelegation nach Iran reisen zu wollen. Es soll ausgelotet werden, inwieweit sich die niedersächsische Wirtschaft in den Bereichen Agrar- und Ernährungswirtschaft, Maschinenbau, Mobilitätsindustrie und Energiewirtschaft in Iran engagieren könne. "Auf der Reise plane ich mit Vertretern aus staatlichen Institutionen, insbesondere dem iranischen Industrieministerium, lokalen Kammervertretern und iranischen Unternehmen über Aus- und Aufbau der iranisch-niedersächsischen Wirtschaftsbeziehungen zu sprechen", zitierte dpa den Minister. "Selbstverständlich wird es bei diesem Besuch auch um den Umgang mit Menschenrechten gehen."

"Wir sehen erhebliche Chancen für die niedersächsischen Unternehmen im Iran im Bereich Infrastruktur, Elektroindustrie und Maschinenbau", hatte auch der Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände Niedersachsens, Völker Müller, laut dpa kürzlich erklärt.

Auch der Außenwirtschaftschef des Spitzenverbands DIHK, Volker Trier, der sich am Tag des Atomabkommens, dem 14. Juli, in Teheran aufhielt, sagte der dpa: "Wenn alles gut läuft, können wir in drei, vier Jahren die 10-Milliarden-Marke beim Export knacken." 2014 lag der deutsche Handel mit Iran bei 2,39 Milliarden Euro. "Das Land hat einen Riesenbedarf. Es gibt eine potentiell große Nachfrage nach deutsche Produkten, etwa bei der Erdöl- und Erdgas Exploration, Chemie, Konsumgüter, Textil und Nahrungsmitteln", sagte Trier.

Auch Iran bereitet sich auf die Steigerung seines Öl-Exports vor. Ölminister Bijan Sangeneh sagte: "Die Vorbereitung für einen erhöhten Ölexport ist der erste Schritt nach dem Atomabkommen." Und Mohssen Ghamsari, Leiter der Abteilung für internationale Angelegenheiten beim Ölministerium sagte, Iran werde nach der Aufhebung der Sanktionen mit größtmöglichen Potential auf den Weltmarkt zurückkehren.

Der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu sagte, das Atomabkommen werde eine beachtliche Wirkung auf die "türkische und regionale Wirtschaft" haben.

GABRIEL IN TEHERAN

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel reiste bereits vier Tage nach dem in Wien vereinbarten Atomabkommen am 19. Juli auf Einladung des iranischen Ölministers, Bijan Sangeneh, nach Teheran. Damit war er der erste hochrangige Politiker aus dem Westen und zugleich seit zwölf Jahren der erste deutsche Minister, der nach dem Abkommen Iran besuchte. Schon vor der geplanten Reise gab es Proteste seitens der Kampagne „Stop the Bomb“. Sprecherin Ulrike Becker erklärte laut dpa: "Deutsche Unternehmen und die Bundesregierung stehen 70 Jahre nach dem Ende der Shoah in der ersten Reihe, um Geschäfte mit dem antisemitischen iranischen Regime zu machen. Repräsentanten des Regimes haben Israel während der Verhandlungen immer wieder mit der Vernichtung gedroht - zuletzt während des antisemitischen Quds-Marsches. Die Reise von Sigmar Gabriel und deutschen Wirtschaftsvertretern muss deshalb abgesagt werden."

Die Agentur zitierte auch den wissenschaftlichen Direktor des Bündnisses, Stephan Grigat, mit den Worten: "Milliarden werden als Ergebnis dieses Atom-Deals an das Regime in Teheran fließen. Damit wird die Förderung des islamistischen Terrors von Gruppierungen wie der Hisbollah oder der Hamas ebenso neue Ausmaße annehmen wie die Expansion des Regimes in der arabischen Welt. Der Terror gegen die iranische Bevölkerung nimmt nicht ab, sondern zu: Unter dem vermeintlich 'moderaten' Präsidenten Hassan Rohani wurden deutlich mehr Menschen hingerichtet als unter seinem Vorgänger Ahmadinedschad."

Das Abkommen habe, vorausgesetzt, dass die darin vorgesehenen Schritte jetzt umgesetzt werden, die Basis für eine Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Iran geschaffen, sagte Gabriel. Bei dem Besuch solle es aber nicht nur um wirtschaftliche Angelegenheiten gehen, sondern auch um politische, erklärte der Minister vor seiner Abreise. Er wolle sich als Vermittler im Konflikt zwischen Iran und Israel anbieten und er wolle die Lage der Menschenrechte in Iran ansprechen. "Für Deutschland muss klar sein: Wer immer mit uns nachhaltige Beziehungen hat, der kann nicht das Existenzrecht Israels politisch in Frage stellen", so Gabriel am Flughafen. "Das wichtigste Signal ist: Sich auf friedlichem Weg zu verständigen. Auf den Bau von Atombomben zu verzichten, lohnt sich für alle Seiten - auch für den Iran." Auch über Menschenrechte solle der Dialog mit Iran aufgenommen werden. Dabei gehe es auch um die Stellung der Frau und um die Rechte der Minderheiten. "Als Freunde wollen wir auch mit ihnen darüber reden", sagte Gabriel. "Auch wirtschaftliche Freiheit braucht Individualität und die Entwicklung individueller Freiheiten."

Laut Hossein Esmaili, Staatssekretär im Ölministerium, wurde Gabriel von Vertretern von zehn großen deutschen Konzernen begleitet, darunter Vertreter von Siemens, Mercedes und Volkswagen. Auf dem Programm standen Gespräche mit Präsident Rohani, drei Ministern, dem Gouverneur der iranischen Zentralbank und der Industrie- und Handelskammer. Ein Besuch der historischen Stadt Isfahan bildete den Abschluss der dreitägigen Reise.

Gabriel lobte die "traditionell guten Beziehungen" zu Iran. Es gebe viele Unternehmen, die alte Kontakte knüpfen möchten. Beide Seiten stimmten überein, ihre regelmäßigen Konsultationen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit wieder aufzunehmen. Anfang nächsten Jahres soll die gemeinsame Wirtschaftskommission unter Leitung der zuständigen Minister wieder tagen.

Nach dem Gespräch mit Rohani sagte Gabriel, es sei wichtig gewesen, zu zeigen, dass sich Frieden lohne. Allerdings gestand er, dass es noch erhebliche Differenzen zwischen den beiden Regierungen gebe, insbesondere in Bezug auf Israel. "Dass wir einen ersten Schritt mit dem Nuklearabkommen gemacht haben, heißt ja nicht, dass wir uns automatisch in vielen anderen Fragen einig sind. Man darf nicht erwarten, dass das schnell geht."

Rohani sagte, die Beziehung zwischen Deutschland und Iran könne dazu beitragen, die bestehende Kluft zwischen Iran beziehungsweise dem Nahen Osten und Europa zu überbrücken. Dies sei auch wichtig für den Kampf gegen den Terrorismus in der Region. "Der Ausbau der bilateralen Beziehungen ist daher jetzt auch notwendiger denn je." Die politische und kulturelle Zusammenarbeit könne den Terrorismus effektiver bekämpfen als militärische Interventionen.

Die Sprecherin des Außenministeriums, Marsieh Afkham, nahm am 20. Juni zu der Äußerung Gabriels über den Konflikt zwischen Iran und Israel Stellung. Über dieses Thema habe Iran eine grundlegend andere Ansicht als die deutsche Regierung, sagte Afkham vor Journalisten. Die Differenzen seien nicht neu, "wir haben in den vergangenen 35 Jahren bei allen Gesprächen unsere Ansichten klar geäußert." Bei der Reise Gabriels sei hauptsächlich über Bereiche gesprochen worden, in denen beiden Staaten gemeinsam aktiv sein könnten. "Natürlich haben wir bei den Gesprächen wie in der Vergangenheit auch über die Lage in der Region sowie über drohende Gefahren gesprochen, also auch über Gefahren, die vom zionistischen Regime ausgehen. Das werden wir auch in Zukunft tun."

Zurückgekehrt nach Deutschland zeigte sich Gabriel in einem ARD-Interview am 21. Juli zufrieden mit dem Besuch. "Jetzt muss man finde ich diejenigen im Iran, die sich auf den Westen zubewegt haben und Konflikte minimieren wollen, auch zeigen, dass es sich lohnt." Weiter sagte er: "Wenn wir jetzt nicht hierher kommen, und wenn wir nicht helfen beim wirtschaftlichen Aufbau, dann allerdings werden sich diejenigen fragen, die das

vorangebracht haben, was sie eigentlich jetzt davon haben. Und die Gegner einer Entspannung werden im Zweifel noch sagen: Seht ihr, man hat nichts davon, wenn man mit dem Westen kooperiert."

Gabriels Reise wurde von Vertretern der Wirtschaft begrüßt, es gab aber unter den deutschen Politikern auch viel Kritik. Der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Reinhold Robbe, sagte dem Berliner Tagesspiegel: „Die Reise ist das absolut falsche Signal.“ Der Bundestagsabgeordnete der Grünen Volker Beck warnte den Wirtschaftsminister vor einem "prinzipienlosen Buhlen um Wirtschaftsaufträge." "Bei seiner Haltung zu Israel und seiner Menschenrechtslage kann dieses iranische Regime weder Freund noch strategischer Partner Deutschlands sein." Aus der CDU meldete sich der Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter zu Wort. "Ich störe mich an der Aussage, dass Iran einer unserer Freunde ist", sagte er dem Handelsblatt. Der Obmann der Fraktion der Linken im Auswärtigen Ausschuss, Stefan Liebich, sagte: "So sehr ich das Abkommen über den Iran begrüße, so wenig verständlich finde ich es, dass so kurz danach und ausgerechnet der Wirtschaftsminister nach Teheran reist. Es entsteht der Eindruck, als seien Geschäfte wichtiger als der Einsatz für Menschenrechte."

EINRICHTUNG EINES WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSZENTRUMS IN BERLIN GEPLANT

Helene Lang, Geschäftsführender Vorstand des Nah- und Mittelost-Vereins (NUMOV) in Berlin, erklärte am 22. Juli in einem Interview mit der RBB-Abendschau, der Verein habe eine Etage seines Hauses an der Berliner Kronenstraße an die iranische Wirtschaftsförderung verkauft. Das Stockwerk umfasse eine Fläche von 1.000 Quadratmetern. Die Iraner hätten eine Millioneninvestition getätigt, um Büros für große iranische Holdings einzurichten. Auch das Promotion Office Irans werde dort sein Büro einrichten.

Offenbar war die Idee, ein Wirtschaftsförderungszentrum in Berlin einzurichten, bei einem Berlin-Besuch des iranischen Industrieministers Mohammad Resa Nematzadeh im vergangenen Jahr entstanden. "Auf die Einladung des NUMOV war voriges Jahr der iranische Industrieminister in Berlin. Offenbar hat ihn die Möglichkeit, hier eine Wirtschaftsförderung für den Iran aufzubauen - mit der Perspektive, dass die (Atom) Gespräche positiv verlaufen - so fasziniert, dass diese Etage gekauft wurde. Es ist geplant, dass große Holdings hier ihre Berliner Adresse bekommen.

IRAN IMPORTIERT 150.000 TONNEN ZUCKER AUS BRASILIEN

Einem Bericht der Agentur Reuters vom 22 Juli zufolge hat Iran 150.000 Tonnen Zucker aus Brasilien gekauft. Das ist ein Viertel der Menge an Zucker, die Iran in den ersten sechs Monaten dieses Jahres eingeführt hat. Die Agentur zitiert eine Quelle aus dem Handel mit den Worten: "Wir werden im letzten Quartal dieses Jahres Zeuge größerer Zuckerkäufe der staatlichen Handelsgesellschaft Irans sein."

Die staatliche iranische Handelsgesellschaft untersteht dem Ministerium für Landwirtschaft. Sie hat die Aufgabe, Grundnahrungsmittel zu kaufen und zu lagern.

Laut Reuters hat mindestens ein Schiff mit Zucker an Bord Kurs auf Iran genommen. Der Zucker soll in Iran raffiniert und danach in den Irak exportiert werden.

Die iranische Zuckerindustrie hat seit Jahren mit Problemen zu kämpfen. Kritiker sehen die Schuld dafür bei den Zuckerimporteuren.

IRANISCHER ÖLTANKER MIT 2 MILLIONEN BARREL ÖL FÄHRT NACH OSTASIEN

Zum ersten Mal nach dem Atomabkommen verließ ein iranischer Öltanker mit zwei Millionen Barrel Öl iranische Gewässer in Richtung Ostasien, berichtete die Agentur Reuters am 17. Juli. Der Tanker "Starla" mit iranischer Flagge habe vollbeladen seit acht Monaten zur Abfahrt bereitgestanden, heißt es in dem Bericht. Der Tanker sei vom Persischen Golf aus auf dem Weg nach Singapur. Ob die Ladung bereits verkauft worden ist oder nicht, geht aus dem Bericht nicht hervor.

Irans Ölminister Bijan Sangeneh kündigte an, sein Land werde nach der Aufhebung der Sanktionen innerhalb von zwei Monaten die Rohölproduktion um 500.000 Barrel pro Tag und nach sechs bis sieben Monaten um eine Million Barrel pro Tag steigern. Gegenwärtig liegt die Produktion, die infolge der Sanktionen drastisch gesunken war, bei einer Million Barrel pro Tag. Zwar wird Iran nach Einschätzung von Experten noch Monate brauchen, um seine Produktion zu steigern und sich auf dem internationalen Ölmarkt behaupten zu können. Aber offenbar verfügt das Land über mehrere Millionen Barrel Reserven, die sich in Öltankern in iranischen Gewässern befinden. Die Rede ist von rund vierzig Millionen Barrel, die Iran rasch auf den Markt bringen könnte.

KAUF VON PASSAGIERJETS AUS RUSSLAND

Der russische Transportminister Maxim Sokolow sagte laut einer Meldung der Agentur Reuters vom 15. Juli, zwischen Iran und Russland werde über die Lieferung moderner Passagierflugzeuge verhandelt. Es gehe dabei um Sukhoi Superjets. Iran sei aber auch an anderen Technologien interessiert. Die Maschine ist das erste Verkehrsflugzeug, das Russland seit dem Fall der Sowjetunion produziert hat.

Iran benötigt dringend eine Erneuerung seiner alten Flotte. Iranische Verkehrsflugzeuge sind zum Teil Jahrzehnte alt. Die Sanktionen verhinderten den Kauf neuer Maschinen und Ersatzteile. Nun erklärte Präsident Rohani, Iran werde bald die dringend benötigten Flugzeuge bestellen.

Vor dem Atomabkommen hatten sich Präsident Rohani und sein russischer Kollege Wladimir Putin am 9. Juli am Rande des Gipfels der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit in der russischen Stadt Ufa getroffen. Nach Angaben des Kremlsprechers Dmitri Oeskow wurde dabei eine Zusammenarbeit auch im Militärbereich vereinbart. Unter anderem sollen Kriegsschiffe öfter die Häfen des jeweils anderen Landes anlaufen. Gesprochen wurde auch über die Lieferung von S-300 Abwehrraketen. Auch im Bereich der Atomenergie soll die bereits bestehende Zusammenarbeit ausgeweitet werden. Russland hat den ersten iranischen Atommeiler in Bushehr gebaut. Die iranische Regierung plant den Bau weiterer AKW's.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow, der sich ebenfalls in Ufa aufhielt, plädierte für eine rasche Aufhebung des Waffenembargos gegen Iran. Iran sei im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) stark engagiert. Die Aufhebung des Embargos würde die Fähigkeiten im "Kampf gegen der Terrorismus" steigern.

AUSSENPOLITIK

London will Botschaft in Teheran wiedereröffnen / Iran und die EU / Fabius in Teheran / Iran und die Nachbarstaaten / Rohani: Irans Militär dient nur zur Selbstverteidigung / Rafsandschani: Der künstlich erzeugte Staat Israel wird verschwinden / Massendemonstration gegen Israel / Rafsandschani: Tabu der Beziehungen zu USA gebrochen

LONDON WILL BOTSCHAFT IN TEHERAN WIEDERERÖFFNEN

In einem Telefongespräch mit Irans Präsident Hassan Rohani erklärte der britische Premier David Cameron am 17. Juli, seine Regierung stehe weiterhin zu dem Plan, die britische Botschaft in Teheran wiederzueröffnen. Auch Rohani notierte via Twitter die Ankündigung und schrieb weiter, Cameron habe auch über eine mögliche Zusammenarbeit beider Länder im Kampf gegen den Terrorismus gesprochen.

Die britische Botschaft in Teheran wurde nach einem Sturm von einer Gruppe von Demonstranten vor etwa vier Jahren geschlossen. Danach wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen Teheran und London auf Eis gelegt. Erst mit der Wahl Rohanis vor zwei Jahren lockerte sich das Verhältnis schrittweise.

Viele westliche Staaten, darunter auch Großbritannien, haben nach dem Abschluss des Atomabkommens eine engere Zusammenarbeit mit Iran in Aussicht gestellt. Auch der britische Außenminister Philip Hammond hatte bereits am 15. Juli im britischen Parlament erklärt, London werde seine Botschaft in Teheran noch in diesem Jahr wiedereröffnen. Es gebe noch "technische Probleme", er bereite sich aber auf eine Reise nach Teheran vor, sagte er. Am selben Tag reiste Hammond nach Israel, um mit der dortigen Regierung über das Atomabkommen zu sprechen. Er sei sicher, dass die Israelis "pragmatisch" mit der "neuen Realität", die durch das Abkommen mit Iran in der Region entstanden sei, umgehen werden, sagte er vor seiner Reise zu den Parlamentsabgeordneten. Er sei überzeugt, dass die Bemühungen von Israels Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, das Abkommen zum Scheitern zu bringen, "keinen Erfolg" haben würden.

Vor dem Treffen mit Hammond erklärte Netanjahu laut BBC vom 16. Juli, er sei mit einem Abkommen einverstanden gewesen, das zwar die Sanktionen gegen Iran aufgehoben hätte, aber gleichzeitig auch die Bedingung aufgestellt hätte, dass Iran sein "Verhalten" ändern müsse. Es sei höchst erstaunlich, dass man bei den Verhandlungen nicht über Irans Aktivitäten in der Region gesprochen habe.

Er könne die Bedenken der israelischen Regierung nachvollziehen, sagte Hammond. Doch ihr hätte klar sein müssen, dass der Atomkonflikt das ausschließliche Thema der Verhandlungen gewesen sei. Der Frage, wie Iran sich in der Region verhalten werde, müsse in den nächsten Monaten und Jahren nachgegangen werden. "So unerfahren und naiv sind wir nicht", sagte er an Netanjahu gerichtet.

In einem Interview mit dem Fernsehsender Al-Arabia sagte Cameron, das Abkommen mit Teheran diene zwar der Stabilität der Region, es bedeute jedoch keineswegs ein Bündnis mit Iran. Durch das Abkommen zwischen der 5+1-Gruppe mit Iran sei eine nukleare Aufrüstung Irans verhindert worden. "Das ist gut für die Region, das ist gut für regionale Stabilität, aber wir verbünden uns nicht mit Iran."

Mit dem Interview sandte Cameron ähnlich wie seine amerikanischen Kollegen eine beruhigende Botschaft an die arabischen Staaten. Die Position Londons gegenüber Iran, versprach Cameron in dem Interview mit Al-Arabia, vor allem gegenüber Irans Syrien-Politik, werde sich nicht ändern, auch nicht hinsichtlich der Unterstützung, die Teheran "terroristischen Organisationen" gewähre. London werde Teheran gegenüber so "hart sein, wie wir immer waren", sagte Cameron.

Am 25. Juli hob die britische Regierung die allgemeine Reisewarnung für Iran auf. Die Lage in Iran habe sich nach der Amtsübernahme von Präsident Rohani generell geändert, doch Reisende sollten weiterhin vorsichtig sein, hieß es in einer Mitteilung des britischen Außenministeriums. Gewarnt wird weiterhin vor Reisen in die Grenzgebiete zum Irak, Pakistan und Afghanistan.

IRAN UND DIE EU

Nach der Einigung im Atomkonflikt wollen Iran und die EU bilateral und international enger zusammenarbeiten. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini, die am 28. Juli Teheran besuchte, sagte bei einem Treffen mit dem iranischen Außenminister Dschawad Sarif: "Wir wollen in allen Bereichen Kooperation anstatt Konfrontation". Die Einigung im Atomkonflikt sei nicht das Ende, sondern der Anfang eines neuen Kapitels in den Beziehungen zwischen Iran und der EU. "Wir sollten uns weniger mit der Vergangenheit beschäftigen und mehr in die Zukunft blicken", sagte Präsident Rohani bei dem Treffen mit Mogherini. Die erfolgreichen Verhandlungen in Wien hätten den Weg zu einer engeren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit geebnet. Rohani bezeichnete die Einigung als "Botschaft des Friedens". "Die Einigung ist aber auch eine große Verpflichtung für uns alle, zusammen den Terrorismus zu bekämpfen und das Leben unschuldiger Menschen zu retten."

Auch Sarif, der Mogherini zustimmte, bezeichnete den Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) und den Terrorismus als gemeinsames strategisches Ziel. "Der Terrorismus ist nicht nur eine Gefahr für die Region, sondern auch für die europäischen Länder", sagte er. "Iran und die EU werden den Dialog auf höchster Ebene fortsetzen."

Mogherini hatte vor Iran bereits Saudi-Arabien besucht. Sie forderte Iran auf, bei der Lösung der Krise in Syrien aktiv mitzuwirken. Die Zusammenarbeit Irans mit den Nachbarstaaten und mit der Weltgemeinschaft könne eine einmalige Chance zur Herstellung des Friedens in der Region bieten, sagte sie. Dieser Prozess könne mit Syrien, dem Irak und Jemen beginnen.

FABIUS IN TEHERAN

Frankreichs Außenminister Laurent Fabius traf am 29. Juli zu einem eintägigen offiziellen Besuch in Teheran ein. Nach einem ersten Treffen mit seinem iranischen Kollegen Dschawad Sarif sagte er auf einer Pressekonferenz, Ziel seiner Reise sei der Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Iran und Frankreich. Es war der erste offizielle Iran-Besuch eines französischen Außenministers nach siebzehn Jahren. Er habe eine Einladung zu einem Staatsbesuch für den iranischen Präsidenten Hassan Rohani für den kommenden November im Gepäck, sagte Fabius.

Mit der Aufhebung der Sanktionen gegen die Islamische Republik hätten nun große französische Unternehmen, die "zu den größten in der Welt gehören", den Wunsch, in den Bereichen Auto-Industrie, Flugzeugbau, Umwelt, Gesundheit und Landwirtschaft mit Iran zusammenzuarbeiten, sagte Fabius. Im September würden zu diesem Zweck die Minister für Landwirtschaft und Handel, begleitet von einer Wirtschaftsdelegation, nach Iran kommen. Der Minister sprach auch über den Tourismus, für den in beiden Ländern mehr geworben werden solle.

Neben den bilateralen Beziehungen kamen bei den Gesprächen, die Fabius mit Sarif und danach mit Präsident Rohani führte, auch regionale und internationale Probleme zur Sprache. Obwohl beide Staaten nicht immer dieselben Positionen vertreten, herrsche zwischen ihnen in wichtigen Fragen wie der Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus Einigkeit, sagte Fabius.

Einer der anwesenden Journalisten wies auf die negative Stimmung hin, die in Iran gegenüber Frankreich vorherrsche und fragte den Minister, wie er damit umgehen wolle. Er sei zum ersten Mal im Iran und daher nicht in der Lage, sich über die herrschende Stimmung in diesem Land zu äußern, sagte Fabius.

Tatsächlich sind die Menschen in Iran immer noch über das Verhalten Frankreichs bei den Atomverhandlungen verärgert. Frankreich vertrat innerhalb der 5+1-Gruppe, die mit Iran verhandelte, die härteste Position. Fabius bestritt den Vorwurf und sagte, Frankreich habe eine klare und konstruktive Position vertreten. "Mit Atomproblemen lässt sich nicht spaßen."

Sarif sagte, Iran habe mit Frankreich beachtliche Gemeinsamkeiten, daher werde der Dialog zwischen den beiden Staaten auf höchster Eben fortgesetzt. Er erinnerte daran, dass es zwischen den beiden Staaten auch auf dem Gebiet der Atomtechnologie eine langjährige Zusammenarbeit gegeben habe. Das war offenbar ein Hinweis auf Verträge zwischen Iran und Frankreich zum Bau von Atomreaktoren aus der Zeit vor der Revolution. Diese Verträge wurden nach der Revolution von Iran gekündigt.

Vor dem Besuch von Fabius gab es in der iranischen Presse zum Teil negative Stellungnahmen, die an den Blutkonservenskandal erinnerten, der in die Zeit fällt, in der Fabius Ministerpräsident Frankreichs war. Damals wurden HIV-verseuchte Blutkonserven aus Frankreich nach Iran exportiert, was angeblich zum Tod von Hunderten Menschen führte. Kritisiert wurde auch die Zustimmung Frankreichs zu den Sanktionen, die die EU über Iran verhängte und die insbesondere der iranischen Autoindustrie großen Schaden zufügten. Es gab auch eine Protestkundgebung gegen den Besuch von Fabius. Eine Gruppe von Studenten veranstaltete eine Kundgebung am Teheraner Flughafen Mehrabad, auf dem die Maschine von Fabius landete. Die Demonstranten wurden jedoch von der Polizei rasch vertrieben. Einige Teilnehmer wurden festgenommen, später aber wieder freigelassen.

IRAN UND DIE NACHBARSTAATEN

Wie erwartet haben saudische Medien mit zum Teil scharfer Kritik auf das Atomabkommen reagiert. Die saudische Zeitung Al-Riyadh schrieb, das Abkommen sei eine Aufforderung an die arabischen Golfstaaten, ihre eigenen Atomprogramme weiterzuentwickeln. Von nun an müssten sie sich auf die eigene Kraft verlassen und entsprechende Programme und Strategien zu ihrem Schutz entwickeln, hieß es.

Die Agentur dpa zitierte die Zeitung Al-Yaum, die prophezeite, dass das Abkommen Iran dreister machen werde, die Welt zu zerstören. Es sei eine Warnung an die gesamte Welt. Iran werde mit den frei werdenden Geldern in der Lage sein, Kriege zu finanzieren und die Region zu destabilisieren.

In einem Telefonat mit US-Präsident Barack Obama am 15. Juli betonte der saudische König Salman die Notwendigkeit, Iran an dem Bau von Nuklearwaffen zu hindern. Obama schilderte dem König den Inhalt des Atomabkommens und versicherte ihm, dass die Vereinigten Staaten entschlossen seien, Frieden und Stabilität in der Region zu sichern. König Salman erwiderte, Saudi-Arabien werde Mechanismen unterstützen, die Iran an dem Bau der Atombombe hinderten und alle dahingehenden Aktivitäten des Landes unter Kontrolle hielten.

Arabische Medien berichteten, dass beide Staatsoberhäupter über die neuesten Entwicklungen in der Region, insbesondere über die Lage in Jemen gesprochen und die außerordentliche strategische Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und den USA hervorgehoben hätten. Den Berichten zufolge wurde auch eine offizielle Erklärung der saudischen Regierung veröffentlicht, in der betont wird, dass die Sanktionen gegen Iran wieder in Kraft treten müssten, sobald auf iranischer Seite Verstöße gegen das Abkommen festgestellt werden sollten. Die saudische Regierung stimme weiterhin mit der 5+1-Gruppe überein, dass alle Sanktionen, die wegen der Unterstützung des Terrorismus gegen Iran verhängt wurden, aufrechterhalten werden sollten.

Ein ranghoher saudischer Politiker sagte, Iran solle seine Finanzen für die Entwicklung des Landes und den Wohlstand der Bevölkerung verwenden, anstatt sie für die Destabilisierung der Region einzusetzen, sonst werde das Land mit einer harten Reaktion der Staaten der Region rechnen müssen. Zugleich sagte der Politiker, dessen Namen in den Medien nicht genannt wird, Saudi-Arabien betrachte Iran als einen Nachbarstaat und wünsche bessere Beziehungen zu dem Land, nachbarschaftliche Beziehungen, ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten des jeweils anderen Landes.

Am 25. Juli berief Bahrain aus Protest gegen "häufig geäußerte Feindseligkeiten seitens iranischer Politiker" seinen Botschafter aus Teheran zurück. In einer Erklärung des Außenministeriums heißt es, Grund für die Maßnahme seien die "unfreundlichen" Äußerungen iranischer Politiker gegen das Königreich Bahrain und "die vielseitige Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Landes" gewesen.

In den vergangenen Monaten wurde der iranische Geschäftsträger in Bahrain zweimal aus Protest gegen die Äußerungen des iranischen Revolutionsführers Ali Chamenei ins Außenministerium einbestellt. Dennoch wird in der jüngsten Erklärung die Hoffnung auf eine "Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten" geäußert.

Am 26. Juli begab sich Außenminister Sarif auf eine Reise nach Kuwait, Katar und Irak. Die erste Station auf der ersten Auslandsreise des Ministers nach dem Abkommen war Kuwait, wo er mit dem Staatsoberhaupt Emir Scheich Sabah Al-Ahmad Al-Dschabir as-Sabah und Außenminister Scheich Sabah Al-Khaled Al-Hamad Al-Sabah Gespräche führte. Wie der iranische Botschafter in Kuwait, Aliresa Enajati, laut der Agentur Mehr mitteilte, stand die Reise in Zusammenhang mit dem Atomabkommen. Die Botschaft von Sarif sei Liebe und Freundschaft gewesen und ein Hinweis darauf, dass die Region mehr als je zuvor auf eine freundschaftliche politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der Nachbarstaaten angewiesen sei. Auch die iranischen Medien betonten die Absicht Irans, die bilateralen Beziehungen der beiden Staaten auszubauen und gemeinsam zur Lösung der Probleme der Region beizutragen. Dazu gehöre an erster Stelle der Kampf gegen den Terrorismus.

Im Anschluss an die Gespräche sagte Sarif auf einer Pressekonferenz, "die Drohung gegen einen Staat in der Region, ist eine Drohung gegen alle Staaten der Region". Kein Staat sei in der Lage, alleine die regionalen Probleme zu lösen.

Die nächste Station der Reise des Ministers war Katar, wo er sich ebenfalls mit dem Emir von Katar und dem Außenminister traf. Dabei erläuterte er das Atomabkommen und sprach dieselben Themen an, die er bereits in Kuwait diskutiert hatte. In Bagdad, der letzten Station seiner zweitägigen Reise sagte Sarif: "In Jemen und Syrien haben wir zwar Differenzen mit einigen unserer Nachbarn, aber die könnten wir in einem gemeinsamen Dialog lösen." Iran nehme die Sicherheit seiner Nachbarn genauso ernst wie seine eigene.

Am 28. Juli warf der saudische Außenminister Iran "aggressive Äußerungen" vor. Bei einem Treffen mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini sagte er, er habe nicht den Eindruck, dass Iran gute Beziehungen zu den arabischen Nachbarstaaten anstrebe. Er warf Teheran "Feindseligkeit" vor.

Anlass der jüngsten Auseinandersetzung war zum einen eine Bemerkung Chameneis, der gesagt hatte, Iran werde das unterdrückte Volk von Bahrain unterstützen. Zum anderen wurden laut Angaben des Bahrainer Innenministeriums zwei iranische Waffenschmuggler festgenommen, die Sprengkörper, Maschinengewehre und Munition nach Bahrain schmuggeln wollten. Dieser Vorfall lieferte den Anlass für den Vorwurf, Iran wolle die Region destabilisieren.

Sarif bezeichnete den Vorwurf als "bar jeder Grundlage". Dies sei der Versuch, eine Normalisierung der Beziehungen Irans zu den arabischen Staaten zu verhindern, sagte er.

"Es gibt Staaten, die in der Region Krieg führen wollen", sagte Sarif mit Blick auf Saudi-Arabien.

ROHANI: IRANS MILITÄR DIENT NUR ZUR SELBSTVERTEIDIGUNG

Bei einer Rede in der Stadt Sanandadsch in der Provinz Kurdistan bezeichnete Präsident Hassan Rohani die Behauptung, Iran sei durch das Atomabkommen an dem beabsichtigten Bau einer Atombombe gehindert worden, laut IRNA vom 26. Juli als "absurd und unsinnig". Nicht nur aus strategischen, sondern auch aus moralischen und religiösen Gründen habe Iran nie die Absicht gehabt, Nuklearwaffen zu bauen.

Iran habe auch nicht die Absicht, andere Länder zu bedrohen, sagte Rohani weiter. Das militärische Potential diene nur zur Selbstverteidigung des Landes. "Laut Verfassung basiert unsere militärische Strategie lediglich auf Abschreckung und Selbstverteidigung". Iran sei nicht bestrebt, andere Länder anzugreifen und zu erobern. "Was wir wollen, ist, mit unserer Ideologie und unserem Glauben weltweit die Herzen und die Freundschaft der Menschen zu gewinnen."

RAFSANDSCHANI: DER KÜNSTLICH ERZEUGTE STAAT ISRAEL WIRD VERSCHWINDEN

Einem Bericht der staatlichen Agentur IRNA vom 7. Juli zufolge sagte Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandschani in einem Interview mit dem überregionalen Sender Al-Ahd, der der libanesischen Hisbollah nahesteht, der Staat Israel sei künstlich erzeugt worden. Eines Tages werde dieser "Fremdkörper, der in ein Volk und ein Land eingedrungen ist, beseitigt werden". Hier einige Auszüge aus dem langen Interview.

Auf die Frage nach der Wirkung des Atomabkommens auf die wirtschaftliche und soziale Lage Irans und die Region, sagte Rafsandschani, in Iran werde sich die Lage normalisieren. Dann biete das Land ausreichend Kapazitäten, die auch in Zusammenarbeit mit dem Ausland besser genutzt und entwickelt werden könnten. Die erforderlichen Technologien könnten eingeführt, die Handelsbeziehungen mit anderen Ländern gestärkt und die Produktion gesteigert werden. Zurzeit lägen 40 bis 50 Prozent der Kapazitäten des Landes brach. Nun könnte der Handel auf einmal um ein Mehrfaches gesteigert werden. Vielleicht werde der Aufschwung nicht sofort kommen, aber psychologisch werde ein Wandel eintreten. Iran biete große Möglichkeiten zur Investitionen, diese würden auch viele Iraner, die im Ausland leben, zurück in die Heimat locken. Allein die petrochemische Industrie könnte an den Ufern des Persischen Golfs einen großen urbanen Rahmen entstehen lassen. Es gebe in Iran ausreichend gut Ausgebildete, die dann ein breites Feld an Arbeitsmöglichkeiten finden würden. Und wenn die Beziehungen zum Ausland normalisiert würden, würde das Leben einfacher und sicherer werden. Dann würde man auch in der Region gegen uns nicht so viel "spitzbüßische Streiche" spielen. "Wir haben ihnen verziehen, als die (arabischen) Staaten (im Iran-Irak-Krieg) Saddam Hussein unterstützt haben, und gesagt, das Vergangene ist vergangen. Als Irak Kuwait angriff, sind viele Bürger aus den arabischen Ländern zu uns geflüchtet, manche haben ihre Autos verkauft und hier gelebt. Sie konnten, sobald sie wollten, ohne Probleme wieder zurückkehren", sagte Rafsandschani. Zurzeit gebe es einige "unsinnige Knoten" in den Beziehungen zu den arabischen Staaten, die aufgelöst werden müssten.

Auf die Frage, warum Israel auf die USA Druck ausübt, um ein Atomabkommen mit Iran zu verhindern, sagte Rafsandschani: "Auch das zionistische Regime weiß, dass wir nicht nach Nuklearwaffen streben. Es will einfach verhindern, dass unsere Probleme gelöst werden. Denn es weiß sehr wohl, dass Iran mit der Lösung seiner Probleme seine politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sogar propagandistischen und sonstigen

Kapazitäten stärken werde. Leider sind einige arabische Staaten dabei, sich Israel anzunähern. Sollte aber Iran stärker werden, wird es sie daran hindern.“

Gefragt, warum Saudi Arabien in Jemen einen Krieg gestartet habe, sagte Rafsandschani, er halte diesen Angriff für einen strategischen Fehler. "Nehmen wir an, die Bombardierungen in Jemen würden noch ein Jahr andauern. Trotzdem würde eine große Masse, die Widerstand leistet, weiterhin übrig bleiben. Wut und Hass würden sich verbreiten. In Saudi-Arabien leben heute Millionen Jemeniten." Saudi-Arabien habe sich unnötige Probleme gemacht, es glaube, auch Bodentruppen nach Jemen schicken zu können. Das sei nicht so einfach. Die Saudis sollten sich nicht in Jemen einmischen, sie sollten es den Jemeniten überlassen, über ihr eigenes Schicksal zu bestimmen.

Rafsandschani äußerte sich auch zu der Allianz gegen Islamischen Staat (IS). Die Allianz könne nicht viel ausrichten. Es seien hauptsächlich die Amerikaner, die schauten, wo es Menschenansammlungen gibt. Dort würden sie ihre Bomben abwerfen. Man könne aus der Luft keinen Bodenkrieg führen, selbst wenn die Amerikaner es ehrlich meinten, was nicht sicher sei. Sie seien in Bezug auf Syrien auf der Suche nach einer Lösung, im Irak hätten sie hingegen ihre eigenen Ziele, welche, müsse man herausfinden.

Auf die Frage, wohin die Auseinandersetzung zwischen der Widerstandsfront (Iran, Syrien Hisbollah) und dem Westen sowie terroristischen Gruppen in der Region führen werde, sagte Rafsandschani, er sei besorgt über Syrien, das weiter leben möchte, obwohl seine Quellen ausgetrocknet seien. Zahlreiche wichtige Städte seien besetzt, seine Ölquellen seien stillgelegt oder erbeutet worden. Millionen Menschen seien auf der Flucht. Das ganze Land sei zerfallen, es halte sich nur noch mit Hilfe Irans und der Hisbollah am Leben. Die Terroristen werden Tag für Tag stärker, sie werden von wem auch immer unterstützt. "Ich bin besorgt, was aus diesem Land werden soll." Die Welt habe begriffen, sollte das Regime in Syrien stürzen, würde es in die Hand der Terroristen fallen, so wie Libyen. Selbst die westlichen Staaten seien besorgt. Es sei ihnen bewusst, dass die Terroristen sich rasch verbreiten könnten, die dann in jeder Ecke der Welt die Menschen bedrohen würden. Sollte Syrien fallen, würde es auch für Libanon sehr problematisch werden, auch im Irak würde sich die Lage verschlechtern, schließlich würden auch Staaten wie die Türkei, Saudi-Arabien und Kuwait in Mitleidenschaft gezogen werden.

Über die Zukunft Palästinas sagte Rafsandschani: "Ich bin immer noch der Meinung, dass Israel, dieser künstlich erzeugte Staat, ein Provisorium ist. Am Ende wird der Tag kommen, an dem der Fremdkörper, der in ein Land und ein Volk eingedrungen ist, verschwinden wird. Wann und wie? Das hängt von der Lage ab. Es könnte bald eine Situation entstehen, in der es sich für Israel nicht lohnt, weiter zu existieren. Es kann aber auch lange dauern, weil sowohl Israel als auch seine Unterstützer, alles versuchen, um das Ende so lang wie möglich hinaus zu schieben. Israel ist jetzt in vielerlei Hinsicht ein Stützpunkt des Westens. Der Westen profitiert weit mehr davon, als er dort investiert. Einmal dadurch, dass die arabischen Staaten wegen der Existenz Israels immer mehr aus dem Westen Waffen kaufen (...). Ich denke, Israel wird nicht lange existieren können. Da gibt es eine Geschichte, deren Dauer begrenzt ist. Doch zurzeit verwandelt sich leider die ernste Feindschaft der arabischen Staaten gegen Israel in Gleichgültigkeit. Demgegenüber ist aus ihrer Sicht Iran der wichtigere Feind. (...) Bei den Palästinensern gibt es Leute, die bestrebt sind, ihre Probleme mit Israel zu lösen (...). Die Menschen in Gaza haben ein schweres Leben zu ertragen, aber sie leisten Widerstand. Die Konflikte zwischen Hamas und Fatah sind sehr gefährlich und übel. Das sollte unter Revolutionären nicht passieren. Sie haben einen gemeinsamen Feind, sie sollten nicht miteinander streiten.“

MASSENDEMONSTRATION GEGEN ISRAEL

An dem jährlich in Iran und einigen anderen Ländern stattfindenden Al-Kuds-Tag versammelten sich Hundertausende Demonstranten in Teheran und anderen Städten um

ihre Solidarität mit den Palästinensern und ihren Protest gegen Israel zu bekunden. Aufgerufen zu der Demonstration hatte die Regierung. Al-Kuds ist der arabische Name für Jerusalem. Der Al-Kuds-Tag ist der letzte Freitag vor dem Ende des Fastenmonats. Neben Israel und den USA wurden in diesem Jahr auch Parolen gegen die saudische Königsfamilie skandiert.

Für die Konservativen und radikalen Islamisten in Iran bot der Al-Kuds-Tag einen Anlass, um zu betonen, dass die Atomverhandlungen und eine mögliche Annäherung an den Westen an der Position Irans gegenüber Israel nichts ändern werden.

Die israelische Regierung hatte alle Kräfte mobilisiert, um das Atomabkommen mit Iran zu verhindern. Darauf nahm Außenminister Dschawad Sarif bei seiner Rede im Parlament am 21. Juli Bezug. Das Abkommen sei für Israel eine Niederlage gewesen, sagte Sarif. "Nie zuvor war das zionistische Regime dermaßen isoliert, sogar innerhalb seiner eigenen Verbündeten." Dies sei auch der Grund für das Herumwüten des israelischen Regierungschefs Benjamin Netanjahu. "Mit der Einigung ist nun auch endgültig die jahrzehntelange Anti-Iran-Propaganda des zionistischen Regimes neutralisiert", sagte Sarif weiter.

Laut Irna vom 20. Juli kritisierte Sarif auch die militärische Drohung aus Israel und den USA. Ohne ausdrücklich die beiden Staaten zu nennen, sagte der Minister, es gebe Stimmen, die nach Militärschlägen rufen. Das sei nicht nur gesetzeswidrig, sondern auch gefährlich.

Nach dem Abschluss des Atomabkommens hatte Netanjahu erklärt, sein Land behalte sich einen Militärschlag vor. Auch der amerikanische Verteidigungsminister Ashton Carter versicherte Israel die uneingeschränkte Unterstützung der Vereinigten Staaten, die auch militärische Optionen nicht ausschließen.

RAFSANDSCHANI: TABU DER BEZIEHUNGEN ZU USA GEBROCHEN

Während Irans Revolutionsführer Ali Chamenei auch nach dem Atomabkommen weiterhin die USA als Irans Feind Nummer eins einstufte, erklärte Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandschani in einem Interview mit der britischen Zeitung The Guardian, durch die Verhandlungen sei das Tabu der direkten Beziehungen zu den USA gebrochen und die Aufhebung der Sanktionen werde einen großen Schritt auf dem Weg bilden, der zur Beendigung der langjährigen Feindschaft zwischen den beiden Staaten führe. Rafsandschani, der zurzeit Vorsitzender des Schlichtungsrates ist und zu den einflussreichsten Politikern des Landes zählt, hatte in seiner Zeit als Staatspräsident vergeblich versucht, die Beziehungen zu den USA zu normalisieren. "Direkte Verhandlungen sind besser als eine Kommunikation über die Medien", sagte er.

Die Beziehungen zwischen Teheran und Washington wurden nach der Geiselnahme der Angehörigen der US-Botschaft in Teheran 1979 abgebrochen. Die Geiselnahme dauerte 444 Tage. Während dieser Zeit gab es bis auf wenige Ausnahmen keinen direkten Kontakt zwischen Teheran und Washington.

"Vor der Revolution haben die USA den Schah unterstützt und nach der Revolution im achtjährigen Iran-Irak-Krieg gegen Iran agiert. (...) Wenn wir nun das verwandelte Verhalten der Amerikaner bei den Atomverhandlungen registrieren, könnte dies auf die öffentliche Meinung in Iran positiv wirken."

Auch der Vizeaußenminister und Verhandlungsführer bei den Atomgesprächen, Abbas Araghtsch, sagte der Presse am 22. Juli, Verhandlungen mit den USA über konkrete Themen seien auch in Zukunft möglich. "Das ist ein Thema für die Zukunft. Wir müssen uns mit Blick auf unsere Interessen von Fall zu Fall entscheiden."

Bereits zuvor hatten sich auch andere führende Politiker in Iran zum dem Thema geäußert, unter anderem Präsident Rohani, der sagte, es sei durchaus möglich, dass nach dem erfolgreichen Abschluss der Atomverhandlungen die Basis für weitere Gespräche und gemeinsame Aktivitäten zwischen Iran und den USA geschaffen werden könne.

Selbst Chamenei hatte im März diesen Jahres gesagt: "Heute reden wir (mit den USA) ausschließlich über das iranische Atomprogramm. Sollte die Erfahrung zeigen, dass die Gegenseite (die Amerikaner) auf abwegige Forderungen verzichtet, dann werden wir sagen, gut, wir können auch über andere Themen verhandeln." Allerdings sagte Chamenei nach dem Abschluss des Abkommens: "Unsere Politik gegenüber den arroganten USA wird sich nicht ändern."